



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 37.

Berlin, den 9. Dezember 1917.

12. Jahrgang.

Die russische Revolution und die deutsche Sozialdemokratie.

Berlin, den 4. Dezember 1917.

Der Kampf gegen den allgemeinen Frieden.

Die gesamte Weltlage, die politische wie die militärische, steht jetzt mitten im vierten Kriegswinter unter der Einwirkung des Waffenstillstands-Angebots der Bolschewiki-Regierung. Die Regierungen aller Länder müssen zu dem Angebot Stellung nehmen, müssen seine politischen und militärischen Konsequenzen als wichtigen Faktor in ihre Kalkulationen einbeziehen. So wenig zur Stunde die volle Tragweite des Angebots überblickt werden kann, so sehr steht doch fest, daß es die von seinen Urhebern beabsichtigte Wirkung vorläufig nicht erreicht hat: die Grundlage für einen allgemeinen Frieden hat das Waffenstillstandsangebot nicht geschaffen. Die Schuld daran liegt wahrlich nicht bei den jetzt in Rußland herrschenden Sozialisten. Sie haben es an klaren, unzweideutigen, an die Adresse der Regierungen gerichteten Vorschlägen ebensowenig fehlen lassen, wie an aufrüttelnden Appellen an die tatkräftige Mitwirkung der Völker, vor allem des internationalen Proletariats. Aber die imperialistischen Sonderinteressen der einzelnen Regierungen lehnen sich noch immer gegen den Gedanken eines wirklich demokratischen allgemeinen Friedens auf, drüben in schroffer, feindseliger Form, hüben in verschleierte Weise.

In Frankreich wird unter Clemenceaus Ministerpräsidentschaft der Kriegswille der ausschlaggebenden Kreise gewaltsam aufgepeitscht. In England läßt Lloyd George mit seinen Ministerkollegen alle demagogischen Minen springen, um Volk und Bundesgenossen für die Fortsetzung des Krieges bei der Stange zu halten. Und im kriegerischen Amerika zeigt sich die ganze Hohlheit der Wilsonschen Friedensträumen an der Feindseligkeit, mit der die Friedensaktion der Bolschewiki-Regierung beantwortet wird. Überall empfindet man diese Aktion nicht allein als ein Attentat auf die aktuellen imperialistischen Ziele, sondern als einen gefährlichen Vorstoß gegen die kapitalistischen Grundlagen überhaupt. Immerhin werden auch Stimmen laut, die einen Verständigungsfrieden befürworten, allerdings nicht im Sinne der russischen Sozialisten, sondern aus der Erwägung heraus, daß die kapitalistischen Interessen der Staaten durch einen baldigen Friedensschluß besser gewahrt werden können als durch Verlängerung des Krieges. In diesem Sinne ist der vielbesprochene Brief des Lord Lansdown zu bewerten, der daneben als früheres Mitglied der von Lloyd George gestürzten Regierung Asquith dem derzeitigen politischen Diktator der Entente ein Bein stellen möchte. Nichtsdestoweniger hat der Brief Lansdowns eine hohe politische Bedeutung für Inland und Ausland.

In Deutschland hat inzwischen der neue Reichkanzler Graf Hertling eine kurze öffentliche Vorstellung im Plenum des Reichstages gegeben, daß ja nur für einige Tage zusammentritt, wenn es gilt, irgendwelche politischen Dekorationsaffekte zu erzielen und neue Milliarden zur Fortführung des Krieges zu bewilligen. Graf Hertling und die Wortführer der Mehrheitsparteien haben im Reichstage dem russischen Angebote eines allgemeinen Friedens eine höfliche Verbeugung gemacht. Das Verschleiern und Verschweigen der wirklichen Kriegsziele aber peicht natürlich das Mißtrauen und die Kriegswut der Ententeimperialisten erst recht auf, die jetzt ihre letzte Karte angefaßt der militärischen Lage, die durch die freiwillige, im Interesse des allgemeinen Friedens vollzogene Ausschaltung der russischen Streitkräfte, an der Westfront entstan-

den ist, auf die amerikanische Hilfe setzen. Amerika wird diese Erwartungen auch zu erfüllen suchen, das bedeutet aber eine Verlängerung des Krieges ins Unabsehbare.

Der deutsche Regierungssozialismus hat im Reichstage durch den Mund seiner Wortführer Ebert und David dreist und gottesfürchtig behauptet, daß ihre Haltung durchaus solidarisch mit dem Friedenswillen der russischen Sozialisten sei.

Und die regierungsozialistische Solidarität bestand darin, daß die Scheidemänner zum so undsovielten Male Kriegskredite in Höhe von 15 Milliarden — im ganzen sind es jetzt rund 110 Milliarden — bewilligten, zur Fortsetzung des Krieges natürlich und nicht für den allgemeinen Frieden.

Die russische Bolschewiki-Regierung hat sich sicherlich unter Solidarität etwas anderes vorgestellt. Und auch den deutschen Arbeitern werden hoffentlich allmählich darüber die Augen aufgehen.

Wer ist Urheber der russischen Revolution?

Nicht etwa die russischen Revolutionäre und Sozialisten! Seit acht Monate bemüht sich die deutsche regierungsozialistische Presse, nachzuweisen, daß die eigentlichen Urheber und Sieger der russischen Revolution, die wirklichen Vernichter des Zarismus die deutschen Sozialpatrioten mit ihrer Politik vom 4. August seien. Die russischen Revolutionäre müßten den Scheidemännern eigentlich auf den Knien dafür danken, daß jetzt die rote Fahne über Rußland weht. In der Reichstagsverhandlung hat Herr David die gleiche Melodie gesungen, und die J. R. schrieb vor kurzem zum so undsovielten Male: „Die russische Revolution ist die Folge der deutschen Siege. Ohne sie und ohne die Politik des 4. August, welche eine der Gründe ist, die den deutschen Sieg ermöglichten, wäre der Zar niemals gestürzt worden.“ Aber auch in unseren Reihen wird den militärischen Mißerfolgen des Zarismus in bezug auf den Ausbruch der Revolution eine übertriebene Bedeutung zugeschrieben.

Hören wir, was die Russen selbst dazu zu sagen haben. Aus der letzten Zeit liegen uns keine Äußerungen russischer Sozialisten über diese Frage vor. Sie haben alle Hände voll mit der Durchführung der Revolution und der Sicherung ihrer Errungenschaften. Aber schon vor drei Jahren war diese Frage sehr aktuell. Damals war die regierungsozialistische Presse noch nicht auf das Motto: „Gott strafe England!“ eingedrillt, damals suchte sie der Arbeiterschaft den Weltkrieg mit der Parole: „Nieder mit dem Zarismus!“ schmacht zu machen. Damals schrieb der als Theoretiker wie als Praktiker der Revolution gleich hervorragende Genosse Trocki, der jetzt neben Lenin an der Spitze der Bolschewiki-Regierung steht, wie er ja auch schon in der Revolution von 1905 an der Spitze des Petersburger Arbeiterdelegiertenrates stand, eine geistvolle Broschüre über den Weltkrieg. — In dieser Broschüre untersucht Trocki die Bedeutung der Parole vom Kampfe gegen den Zarismus und die Aussichten der russischen Revolution. Er sagt da u. a.:

„Das Jahr 1914 bedeutet die völlige Liquidierung des russischen Liberalismus, macht das russische Proletariat zum einzigen Träger des Befreiungskampfes, und macht endgültig die russische Revolution zu einem Bestandteile der sozialen Revolution des europäischen Proletariats. In unserem Kampfe gegen den Zarismus, in dem wir nie einen „nationalen“ Waffenstillstand kannten, haben wir nie Hilfe bei dem habsburgischen oder

hohenzollernschen Militarismus gesucht und suchen sie auch jetzt nicht. . . . Doch wenn . . . der Logik der Kriegsoperationen gehorchend, der deutsche Militarismus, im Gegensatz zu der Logik der eigenen Interessen, dem Zarismus einen vernichtenden Schlag versetzen würde, so hätten wir uns auch in diesem . . . Falle verlegt, in den Hohenzollern nicht nur einen objektiven, sondern auch einen subjektiven Bundesgenossen zu sehen. Das Schicksal der russischen Revolution ist untrennbar mit dem Schicksal des europäischen Sozialismus verbunden, und wir russischen Sozialdemokraten stehen fest genug auf der internationalen Position, um uns ein für allemal zu versagen, den bedenklichen Schritt zur Befreiung Rußlands mit der sicheren Zerstörung der Freiheit Belgiens und Frankreichs zu erkaufen, und — was noch wichtiger ist — die imperialistische Vergiftung in das deutsche und österreichische Proletariat zu tragen. . . . Aus Achtung vor der Zukunft, die die Arbeiterklasse Rußlands mit dem Proletariat Deutschlands und Oesterreichs verbinden soll, verwerfen wir mit Empörung die „befreiende“ Hilfe, welche uns der deutsche Imperialismus — oh weh! — unter dem Segen des deutschen Sozialismus — im Kruppschen Munitionsladen bringt. Und wir hoffen, daß der entrüstete Protest des russischen Sozialismus laut genug erklingen wird, um in Berlin und Wien gehört zu werden.“

Genosse Trocki untersucht dann an anderer Stelle seiner Schrift die Frage, ob wirklich die Niederlage des Zarismus der Revolution in Rußland, die für ihn nur eine Teilercheinung der sozialen Revolution des europäischen Proletariats ist, Vorschub leisten kann. Dabei verweist er auf die Revolution vom Jahre 1905 und sagt:

„Diejenigen, welche denken, daß der russisch-japanische Krieg die Revolution hervorgebracht hat, kennen und verstehen die Ereignisse und ihre Zusammenhänge nicht. Der Krieg hat den Ausbruch der Revolution nur beschleunigt. Doch hat er eben dadurch auch die Revolution geschwächt. Denn hätte sich die Revolution aus dem organischen Auswachsen der inneren Kräfte heraus entwickelt, so wäre sie später aufgetreten, aber mächtiger und planmäßiger. Folglich ist die Revolution durchaus nicht an einem Kriege interessiert. Das als erstes. Zweitens hat der russisch-japanische Krieg, indem er den Zarismus schwächte, den japanischen Militarismus gestärkt. Auf den deutsch-russischen Krieg beziehen sich die beiden obigen Betrachtungen in noch höherem Grade.“

„Im Laufe der Jahre 1912—1914 hatte sich Rußland durch den Aufschwung der Industrie endgültig aus dem Zustand kontrarevolutionärer Niedergedrücktheit herausgearbeitet. Das Wachstum der revolutionären Bewegung auf der Grundlage der ökonomischen und politischen Ausstände der Arbeitermassen, das Anwachsen der oppositionellen Stimmung in den breitesten Schichten der Bevölkerung führten das Land in eine neue Epoche der Stürme und Kämpfe. Aber im Unterchiede zu den Jahren 1902—1905 entwickelte sich die Bewegung unvergleichlich bewußter und planmäßiger und überdies auf einer weit breiteren sozialen Unterlage. Sie bedurfte der Zeit, um ganz auszureifen, keineswegs aber der Lanzen der ostelbischen Samurai (Bezeichnung der japanischen Kriegerkaste), die im Gegenteil dem Zaren die Möglichkeit gaben, die Rolle des Berteldigers der Serben, Belgier und Franzosen zu spielen.“

„Der Krieg kann — katastrophale Niederlagen Rußlands vorausgesetzt — ein schnelleres Hervortreten der Revolution bringen, aber um den Preis der inneren Schwächung. Und wenn sogar die

Revolution unter solchen Bedingungen die Oberhand gewinnt, so werden die hohenzollernschen Armeen ihre Bajonette gegen diese richten. Und diese Perspektive kann ihrerseits nicht verfehlen, die revolutionären Kräfte Rußlands zu paralytisieren, weil sich nicht leugnen läßt, daß hinter den hohenzollernschen Bajonetten die Partei des deutschen Proletariats steht. Das ist jedoch nur die eine Seite der Sache. Die Befestigung Rußlands setzt notwendigerweise entscheidende Siege Deutschlands und Oesterreichs auf den anderen Kriegsschauplätzen voraus, und dies bedeutet die erzwungene Aufrechterhaltung des nationalpolitischen Chaos im Zentrum und Südosten Europas, wie die unbegrenzte Herrschaft des deutschen Militarismus ganz in Europa. . . . Der Umschwung in der neueren Politik Deutschlands, die mit der Kapitulation der proletarischen Partei vor dem nationalistischen Militarismus ihren Anfang nahm, wäre für lange Zeit gestärkt, die deutsche Arbeiterklasse würde sich materiell und ideell mit den Abfällen vom Tische des siegreichen Imperialismus nähren, die soziale Revolution dagegen wäre ins Herz getroffen."

"Daß unter solchen Umständen selbst eine vorübergehend siegreiche russische Revolution nur eine historische Fehlgeburt sein könnte, braucht nicht weiter bewiesen zu werden."

So urteilte Trozki über die „Verdienste“ der Politik des 4. August um die russische Revolution, und die Ereignisse der letzten acht Monate haben ihm recht gegeben. Alle Schwierigkeiten, mit denen die Revolution zu kämpfen hatte, alle Gefahren, die sie umlauern, sind darauf zurückzuführen, daß ein Krieg mit sich kreuzenden imperialistischen Interessen ihr Geburtshelfer war.

Trozki und seine politischen Freunde haben, gezwungen durch die eiserne Logik der Klassenkämpfe im Laufe der acht Revolutionsmonate, die politische Macht übernehmen müssen. Sie befanden sich in einer hochgespannten, tragischen Situation, in der es nur ein Sichselbstausgeben, eine Kapitulation vor den Mächten der offenen und versteckten Gegenrevolution, oder ein tollkühnes Drauflosgehen, ein letztes Zusammenraffen aller revolutionären Energien geben konnte. Sie haben sich für den letzteren Schritt entschieden, und nur wer in sicherem Port sieht, kann sie darum tadeln. Die einzige Möglichkeit, das Revolutionschiff aus den brandenden Wogen zu steuern, war für sie die Anbahnung des Friedens. Sie haben alle ihre Kräfte eingesetzt, einen allgemeinen Frieden zustande zu bringen. Wenn ihnen das bis jetzt nicht gelungen ist, so ist die Schuld daran nicht allein bei den Regierungen und dem Proletariat der Ententeländer zu suchen. Die Bolschewiki-Regierung hat sich jetzt einen Monat behauptet, anscheinend sogar ihre Stellung festigen können. Sie weiß aber, daß ein Sonderfrieden mit den Mittelmächten noch kein Ende der imperialistischen Kriegsraserie sein, die russische Revolution noch nicht in den sicheren Hafen bringen würde. Es ist darum ein sehr eitles Beginnen, wenn deutsche Sozialdemokraten sich mit eingebildeten Verdiensten um die russische Revolution spreizen. Wer es ernst meint mit der Sache des Sozialismus, der hat jetzt mit aller Kraft und mit aller Klarheit dafür einzutreten, daß der Waffenstillstand mit Rußland nicht zu einem Danaergeschenk für die russische Revolution und letzten Endes auch für uns wird.

Wochenschau.

Vom 20. November bis 4. Dezember 1917.

Kriegsereignisse: Wochenlang tobt jetzt an der Westfront im Frontabschnitt von Cambrai ein erbitterter Kampf, indem die Engländer das zu erreichen suchen, was ihnen in Flandern nicht gelungen ist. Unter Einsatz gewaltiger Truppenmassen haben sie wohl einiges Terrain gewinnen können, aus dem sie aber zum Teil durch deutsche Gegenstöße wieder vertrieben sind. Irigendwelche Änderungen in der Kriegslage hat das osterreiche Ringen nicht gebracht, beide Parteien haben damit nur ihren verbissenen Kampfeswillen demonstriert. Auch in den französischen Frontabschnitten haben größere Teilkämpfe stattgefunden. — Von der Ostfront berichtet der deutsche Heeresbericht vom 3. Dezember über den Beginn der Waffenstillstands-Verhandlungen mit den russischen Armeeführern. Dieser bedeutsame Vorgang wird natürlich auch eine Rückwirkung auf die strategische und taktische Lage an der Westfront ausüben. Ungelöst ist zurzeit das Schicksal der rumänischen Armee, die bisher in engem Verband mit

russischen Truppen kämpfte. Es ist kaum anzunehmen, daß sie in Zukunft allein den Kampf fortsetzen kann. — Auf dem italienischen Kriegsschauplatz sind die Kämpfe zum Stehen gekommen, aber auch hier wird das Freiwerden österreichisch-ungarischer Truppen an der Ostfront die Kriegslage noch mehr zu Ungunsten der Italiener ändern. — In Palästina haben heftige Kämpfe um den Besitz Jerusa-

An das sozialistische Proletariat Deutschlands. Genossen und Genossinnen!

Im preussischen Abgeordnetenhaus ist die Wahlrechtsvorlage von der Regierung eingebracht worden.

Auf dem Papier wird das gleiche und allgemeine Wahlrecht gewährt. In Wahrheit bleibt die Ungleichheit bestehen, weil im großen und ganzen die alte Wahlkreiseinteilung aufrechterhalten ist, und damit die Großstädte mit ihrer industriellen Arbeiterschaft gegenüber dem platten Lande benachteiligt werden. Einen großen Teil von Arbeitern und auch denjenigen, die alle Entbehrungen dieses Krieges durchgemacht haben, wird das Recht, das sie gegenwärtig besitzen, durch die Wahlrechtsvorlage sogar genommen, soll doch das Wahlrecht in Zukunft von der dreijährigen preussischen Staatsangehörigkeit und einer einjährigen Aufenthaltsdauer in der Gemeinde oder dem Wahlbezirk abhängig gemacht werden.

Um den Einfluß des Parlaments zu schwächen, soll das Herrenhaus so zusammengesetzt werden, daß die Vertreter des Großgrundbesitzes und ihr Anhang jederzeit in der Lage sind, Beschlüsse des vom Volke gewählten Abgeordnetenhauses zu beseitigen.

Statt die Rechte des Parlaments zu stärken, wie es die Forderung der breiten Volksmassen ist, will die Regierung die Gelegenheit benutzen, ihre eigene Macht auf Kosten der Volksvertretung zu steigern.

Das Recht des Parlaments, durch Ablehnung des Stats auf die Politik der Regierung einzuwirken, soll beseitigt werden.

Dieser reaktionäre Versuch muß scheitern! Die Volksmassen müssen vielmehr mit aller Macht dafür eintreten, daß das Wahlrecht in Wahrheit ein allgemeines, gleiches wird.

Dazu ist aber auch nötig, daß die Frauen, die insbesondere während des Krieges bewiesen haben, daß sie auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens für die Gesellschaft ebenso wirken, wie die Männer, auch das selbe Wahlrecht erhalten.

Dazu ist weiter nötig, daß der Wille der Volksvertretung sich, unbehindert durch ein Herrenhaus, Geltung verschaffen kann und nicht in seinem Einfluß gegenüber der Regierung gemindert wird.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Veranstaltet überall Massenversammlungen mit der Forderung:

Geheimes, direktes, gleiches, allgemeines Wahlrecht ohne Einschränkungen und Klauseln für Männer und Frauen!

Die Versammlungen müssen zu einer wuchtigen Kundgebung werden, deren Wirkung sich Regierung und Volksvertretung nicht entziehen können.

Für das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Wilhelm Dittmann. Hugo Haase. Adolf Hofer. Gustav Lukan. Georg Ledebour. Robert Wengels. Luise Zieh.

lems stattgefunden, ohne daß die Engländer bis jetzt in Besitz dieser historischen Stadt gekommen sind. Immerhin ist die Aufgabe dieser Stadt durch die Türken als wahrscheinlich angekündigt worden, weil sie nach offiziöser Darstellung keine strategische Bedeutung hat. — Zur noch schärferen Durchführung des U-Boot-Krieges wurde das Sperrgebiet am England und im Mittelmeer erweitert. Nach Mitteilungen des deutschen Admiralstabes wurden im Oktober 674 000 Tonnen Schiffsraum versenkt, damit seit Beginn des verschärften U-Boot-Krieges 7 649 000 Tonnen ganzen seit Kriegsbeginn 12,6 Millionen Tonnen.

Ausland: In London hat Ende November eine Konferenz der Ententeregierungen stattgefunden, auf der die schnelle Hilfe Amerikas verlangt und zugesagt wurde. Amerika soll mit größter Beschleunigung Truppen nach Frankreich senden und möglichst viel Schiffsraum zur Verfügung stellen.

In England hat Lloyd George seine durch die Pariser Rede erschütterte Stellung neu befestigen können. Sein Gegner Asquith hat auf einen scharfen Vorstoß verzichtet, und Lloyd George konnte nach dem Hinweis, daß er in Paris absichtlich eine „unangenehme“ Rede gehalten habe, um einen starken Zusammenhalt der Verbündeten zu erreichen, als Sieger das Unterhaus verlassen. Aber schon ist ihm eine neue Schwierigkeit entstanden. Lord Lansdown, der unter Asquith Minister des Auswärtigen war, hat in einem offenen Briefe die Revision der Entente-Kriegsziele und die Bereitschaft für einen Verständigungsfrieden verlangt. Der Kampf des friedlichen Imperialismus des englischen Finanzkapitals mit dem kriegerischen Imperialismus eines Lloyd George ist damit in ein schärferes Stadium getreten. Daß aber auch in England die demokratische Friedensbewegung an Umfang zugenommen hat, beweist die Abstimmung der Londoner Sektion der Arbeiterpartei, durch die zwar über einen Antrag auf sofortigen Friedensschluß mit 196 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen wurde, bei der aber 120 Stimmen für den Antrag abgegeben wurden, eine Stimmzahl, die für das starke Anwachsen der Friedensströmung unter den englischen Arbeitern zeugt.

In Frankreich sieht jetzt das Ministerium Clemenceau seit zwei Wochen am Ruder und ist vorläufig von ernstem Stürmen verschont geblieben. Clemenceaus Antrittsrede wurde mit einem Vertrauensvotum der Kammer von 418 Stimmen beantwortet. Nur die Sozialisten beharren in entschiedener Gegnerschaft gegen Clemenceau. Dessen Ziel ist, wie er sagte, Sieger zu sein. Gleichzeitig kündigte er allen Friedensbewegungen Fehde an, wie er auch alle Skandalaffären zur gerichtlichen Entscheidung bringen will. Trotzdem haben die Syndikalistin von Paris und die Arbeiter in Lyon Friedensdemonstrationen veranstaltet.

In der Schweiz haben Ende November blutige Unruhen in Zürich stattgefunden, bei denen es mehrere Tote und viele Verwundete gab. Es handelte sich um Kundgebungen gegen Militarismus und kapitalistische Ausbeutung. Die sozialdemokratische Parteileitung hat die Verantwortung für diese Vorgänge abgelehnt. Die Folge der Unruhen wird eine große Justizaktion sein. Außerdem hat der Bundesrat eine Verschärfung der Aufenthaltsbedingungen für Ausländer verfügt, durch die das Asylrecht der Schweiz aufgehoben wird. Und da der Krieg auch das englische Asylrecht davongefegt hat, wird in Zukunft wohl die einzige Zufluchtsstätte für politische Flüchtlinge — Rußland sein.

In Bern hat eine Zusammenkunft von deutschen, österreichischen und neutralen Parlamentariern und Gelehrten stattgefunden, auf der allerlei Theorien über einen dauernden Frieden aufgestellt wurden.

In Rußland hat die Bolschewiki-Regierung den Kampf gegen den Rosenfeldman Kaledin zu führen, der noch immer Herr des Don-Gebietes ist. Auch die Staatsbürokratie und die diplomatischen Vertreter im Auslande machen der Regierung Schwierigkeiten und hindern die Erfüllung ihrer wirtschaftlichen und politischen Aufgaben, denen sich auch die Industriellen und Grundbesitzer entgegenstemmen. Die gemäßigten Sozialisten verharren der Bolschewiki-Regierung gegenüber in einer Art Obstruktion, aber auch einige Bolschewiki haben der Regierung die Gefolgschaft gekündigt, weil sie eine Koalition aller sozialistischen Richtungen erstreben. Nichtsdestoweniger hält sich die Regierung. Einen überaus geschickten Kampf gegen die Geheimdiplomatie hat Trozki unternommen. Er hat eine Anzahl von Geheimdokumenten veröffentlicht, aus denen die brutal-imperialistischen Kriegsziele der Entente hervorgehen, durch die aber auch die zweideutige Haltung der Kerenski-Regierungen und die Nachgiebigkeit der gemäßigten Sozialisten bewiesen wird. Trozki hat damit durch die Tat zum ersten Male den Kampf gegen die Geheimdiplomatie eröffnet, der angeblich auf der Fahne aller sozialistischen Parteien steht und der nicht allein bei der Entente, sondern auch anderswo sehr nötig wäre. — Inzwischen gehen in Rußland die Wahlen zur Konstituante vor sich, über deren Ergebnis aber noch kein klares Bild vorliegt.

Die Veröffentlichung der Geheimdokumente brachte auch einige kompromittierende Mitteilungen über Branting, der darin der Parteinahme für die Entente beschuldigt wird, wogegen er sich energisch wehrt.

Der Friedensvorstoß der russischen Regierung hat auch den Gedanken an eine internationale Friedenskonferenz wieder aufleben lassen, positive Vorschläge dazu liegen aber nicht vor.

Innere Politik: Ganze zwei Tage, am 20. November und 1. Dezember, war der Reichstag zusammen, um dann trotz des Protestes der beiden sozialdemokratischen Fraktionen und trotz der hochbedeutenden politischen Situation wieder in die Ferien zu gehen, während in Oesterreich und in allen anderen Ländern die Parlamente tagen. Es gibt aber liberale Konstitutionisten, wie den Herrn Konrad Hausmann, die in der Kürze der Reichstagstagung eine besondere Stärke der neugeborenen Demokratisierung Deutschlands erblicken und behaupten, daß alle Krisennot jetzt ein Ende habe. Für den politischen Weitblick dieser Herren ist das recht bezeichnend. Wie ja die meisten deutschen Politiker, nicht nur die bürgerlichen, alles Weltgeschehen nur aus der Perspektive des Wahlbannes betrachten. Inzwischen aber schleichen Altdenksche, Konservative und liberalisierende Reaktionen die Einheitsfront gegen den Verständigungsfrieden, preussische Wahlreform und soziale Gesetzgebung und verstehen meisterhaft ihre Klasseninteressen mit politischen Waffen zu verfechten. Und da die Front der sogenannten Reichstagsmehrheit ein sehr künstliches und hohles Gebilde ist, das auch nicht in einer einzigen politischen Frage zu einer Einheit kommen kann, werden bald neue Krisen austauschen.

So quält sich in der Friedensfrage Herr David ab, nachzuweisen, daß die Mehrheitsresolution vom 19. Juli noch immer zu Recht besteht. Aber Graf Hertling hat sich in seiner Antrittsrede wohlweislich gehütet, sich klar und unzweideutig auf den Boden dieser Resolution zu stellen und ihr eine Erläuterung zu geben, die alle Zweifel über Einzelfragen, z. B. Belgien usw., ausschließt. Daneben aber rückt ein Mehrheitsfreund Davids nach dem anderen von der Resolution ab, und wir werden unter der Einwirkung des Waffenstillstandes mit Rußland noch genug Beweise erhalten, daß die Regierung wie die Parteien gar nicht daran denken, die Formel: Keine Annexionen und Kriegsschädigungen, vor allem aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker so auszulegen, wie es die russische Regierung tut.

Herr Schwander hat tatsächlich die Leitung des Kriegswirtschaftsamtes niedergelegt und sucht seine angegriffene Gesundheit auf seinem alten Posten als Oberbürgermeister von Straßburg wieder herzustellen. Sein Nachfolger ist ein Herr v. Stein geworden, von dem das Großkapital mehr Verständnis für seine Wünsche erwartet.

Ausgerechnet zu der Zeit, in der der Zentrums- mann Graf Hertling Reichskanzler und Vertrauens- mann der Regierungssozialisten wurde, haben sämtliche deutsche Bischöfe und Erzbischöfe ein Hirten- schreiben veröffentlicht, in dem es heißt, daß der Kampf aufgenommen werden müsse „gegen äußere und innere Feinde, gegen die Mächte des Umsturzes, die auf den Trümmern der bestehenden Gesellschaftsordnung einen Zukunftsstaat aufrichten wollen“. Außerdem wollen die Bischöfe denen nicht zustimmen, „denen das Volk in seiner Gesamtheit als Urheber und Inhaber der staatlichen Gewalt, der Wille des Volkes als letzte Quelle des Rechtes und der Macht gilt“. Also eine glatte Kampfansage an Sozialismus und Demokratie! Der moralische Einfluß der Bischöfe auf die Zentrums- partei ist bekanntlich sehr groß, die Zentrums- partei ist aber ein wichtiger Bestandteil der Reichstags- mehrheit. An diese Mehrheit klammert sich der Regie- rungssozialismus krampfhaft fest. Werden die deut- schen Arbeiter noch lange glauben, daß mit solcher Bundesgenossenschaft ein ehrlicher und erfolgreicher Kampf für Sozialismus und Demokratie geführt werden kann?

Herr Kolb hat im badischen Landtage den bürgerlichen Parteien die Großstadtfreundschaft an- kündigt.

Am 19. November verbreitete das Wolffsche Tele- graphenbüro folgende amtliche Meldung:

Die Unabhängige Sozialdemokra- tische Partei Deutschlands hatte für gestern in Berlin Versammlungen geplant, die behördlicher- seits nicht zugelassen werden konnten. Im Anschluß an die Versammlungen versuchten die Teilnehmer in geringer Anzahl im Osten Berlins auf den Straßen zu demonstrieren, wurden aber müßlos von der Polizei rasch zerstreut.

Am 26. November wurde vom genannten Büro folgende Meldung in die Welt gesandt:

Die Unabhängige Sozialdemokra- tische Partei Deutschlands hat auch am

gestrigen Totensonntag im Norden und Osten Berlins auf der Straße Veranstaltungen versucht. Ansamm- lungen von mehreren hundert Personen schlossen sich vom Weddingplatz und vom Schlessischen Bahnhof aus schließlich am Bülowplatz zusammen und versuchten von dort aus in das Innere der Stadt zu gelangen. Die Menge stieß am Neuen Markt mit der Polizei zusammen, wobei neun Zwangsgestellungen erfolgten. Das Straßenbild war am späten Nachmittag wieder wie gewöhnlich.

Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu:

„Auf verschiedenen Plätzen Berlins haben am gestrigen Totensonntag Volkskundgebungen für den Frieden stattgefunden, die namentlich im Norden der Stadt einen bedeutenden Umfang an- nahmen. Die Menge, die sich nach guter, alter Ge- wohnheit von allen Ausbreitungen fernhielt, bewegte sich unter Hochrufen auf den Frieden und auf Karl Liebknecht durch die Straßen. An der Ecke Spandauer- und Kaiser-Wilhelm-Straße kam es zu einem Zu- sammenstoß mit der Polizei, der wohl auf überflüssige Absperrungsmassnahmen zurückzuführen ist und zu einigen Verhaftungen führte.“

Da das ganze Volk in dem Ziel, der Herbeifüh- rung des Friedens, mit den Demonstranten einig ist und sich diesem Bestreben innerhalb des Reiches keine beachtenswerten Widerstände entgegenstellen, liegt kein Grund vor, solche Kundgebungen als „ge- fährlich“ zu behandeln. Sie sind nur der Wiederhall der großen Zelterelektone innerhalb einer zur Selbst- disziplin erzogenen Bevölkerung.

Wir würden uns freuen, bald von ähnlichen Kund- gebungen aus Paris und London berichten und sagen zu können, daß der Friedenswille des Volkes auch dort auf die auswärtige Politik des Landes einen so starken Einfluß gewonnen hat, wie jetzt schon in Deutschland. Dann wird es nicht mehr weit zum Frieden sein!

Das ist sehr nett vom „Vorwärts“ gesagt, aber in der Situation, in der er und seine Auftraggeber sich damals befanden, läuft es auf ein Schmücken mit fremden Federn vor den Parteien des Auslandes, vor allem Rußland, hinaus.

Die Trauerfeier für unseren verstorbenen Ge- noffen Artur Stadthagen findet am Sonntag, den 9. Dezember, nachmittags 1 Uhr, im Café Bellevue, Lichtenberg, Hauptstraße, statt. Von dort erfolgt die Ueberführung nach dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde.

Der Transportarbeiterverband vor dem Gewerbegericht.

Eine wenig anständige Dandlungsweise führte den Vorstand des Transportarbeiterverbandes kürz- lich vor das Gewerbegericht in Berlin. Am Büro des Verbandes war seit dem März 1916 ein Hilfsarbeiter H. beschäftigt. Durch die große Teuerung genötigt, bewilligte der Ausschuß der Angestellten Teuerungszulagen, nur H. wurde davon aus- geschlossen. Er sollte eine für den Privatwohlstand des Geschäftsführers bestimmte Fuhre Kohlen nicht angenommen und den 16 Mk. betragenden Zubehör nicht bezahlt haben, eine Sache, die mit dem Angestelltenverhältnis nicht das Mindeste zu tun hat. Dann wurde dem Hilfsarbeiter ge- sagt, daß er sich seinen Kollegen anschließen sollte, dann bekäme er auch Teuerungszulage. Mit dem Anschluß war der Beitritt zum regierungssozialistischen Disziplinier- bund gemeint. Eine Beschwerde an Vorstand wie an Ausschuß wurde abgelehnt. Darauf verließ H. seine Stelle und klagte beim Gewerbegericht auf Zahlung der Teuerungszulage. Das Gewerbegericht gab der Klage statt und ver- urteilte den Transportarbeiterverband zur Zahlung der Teuerungszulage für 3 1/2 Monate in Höhe von 140 Mk. Die Art der Behandlung eines Angestellten im Büro des Verbandes soll nicht allein dastehen. Kürzlich beschäftigte sich die Va. - Generalversammlung der Geschäftsläufer mit der Behandlung einer Reimachefrau durch den Ver- bandsvorsitzenden. Die Frau war von Schumann unter Umständen entlassen worden, die sonst im Courier in scharfer Weise geißelt werden, wenn es sich um bürger- liche Betriebe handelt. Die Versammlung forderte die Entlassung Schumanns.

Aus der Bewegung.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Sekretariat und Zeitungsdienst: Schiffbauer- damm 21, 2. Hof, 3 Treppen, Berlin, N. 6. — Telephon: Amt Norden 9841.

Adresse für alle Zuschriften, die Gesamtpartei betreffend, und für alle Geldsendungen: Wil- helm Dittmann, Berlin, N. 6, Schiffbauer- damm 21, 2. Hof, 3 Treppen.

Adresse für alle Zuschriften, die die Frauen betreffen: Luise Zieh, Berlin, N. 6, Schiff- bauerdamm 21, 2. Hof, 3 Treppen.

Adresse für den Zeitungsdienst: Emil Eich- horn, Berlin, N. 6, Schiffbauerdamm 21, 2. Hof, 3 Treppen.

Adresse für den Kontrollauschuß: Wilhelm Volk, Gotha, Nelfenberg 14.

Zuwachs der Reichstagsfraktion. Die Abge- ordneten Brandes, Dr. Erdmann, Hätt- mann und Jäckel haben ihren Beitritt zur Fraktion der Unabhängigen Sozial- demokraten erklärt. Während Genosse Dr. Erd- mann sich schon vor Wochen von der alten Fraktion getrennt hat, haben die anderen drei Genossen erst jetzt ihren Austritt aus der Sozialdemokratischen Fraktion vollzogen und damit gerade angesichts der jüngsten Vorgänge die Wichtigkeit unserer Politik anerkannt, was bei ihnen als lang bewährten Gewerk- schaftsführern von besonderer Bedeutung ist. — Die Fraktion zählt jetzt 26 Mitglieder.

Spremberg (Lausig). Am 11. November fand eine gutbesuchte Versammlung des Ortsvereins Spremberg der U. S. P. statt.

Nach dem Bericht des Kassierers bilanzierten die Einnahmen und Ausgaben seit dem Uebertritt bis 20. September mit 111,40 Mk. Sodann berichtete der Vorsitzende, daß 71 zahlende Mitglieder (44 männliche und 27 weibliche) vorhanden sind. Außerdem ist eine Anzahl wieder zum Heeresdienst eingezogen worden. Bieweil von den im Felde stehenden Genossen sich zu den Unabhängigen bekennen, konnte noch nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden, doch gehen uns- laufend Sympathiekundgebungen von früher bewähr- ten tätigen Genossen zu, was zu den besten Hoffnun- gen berechtigt. Davon ausgehend, daß vor der Spal- tung in Spremberg 70 zahlende Mitglieder zu ver- zeichnen waren und jetzt 71 zu den Unsrigen zählen, zeigte der Vorsitzende, daß die persönliche heimliche Kampfesweise der „Durchhalter“ die Flucht aus dem Reihen der Abhängigen noch mehr beschleunigt und daß sich aus der „Mandel Unabhängige“, die die Märkische Volksstimme einmal so nebenbei registrierte, ein reichliches Echo entpuppt hat.

Ob dieses Resultat sehr enttäuscht, erblicken die „Durchhalter“ ihre Agitation darin, von Haus zu Haus zu gehen und zu versuchen, unsere Mitglieder zur Umkehr zu bewegen. Zu ihrem größeren Ver- weien ohne Erfolg.

Ebenso liegen die Verhältnisse im Bruderverein Slamen. Am einigermaßen lebensfähig zu bleiben, haben sich die Regierungssozialisten von Spremberg und Slamen zu einer Ortsgruppe zusammengeschlossen. An Stelle der Märkischen Volksstimme, die trotz erheblichen Abonnentenschwundes ihren unentwegten Kampf gegen die Unabhängigen weiterführt, findet die Leipziger Volkszeitung und das Berliner Mitteilungs- blatt immer mehr Eingang. Können wir doch schon 45 Abonnenten dieser Organe buchen. Unablässig weiter zu wirken, ist unsere Lösung.

Sodann referierte der Vorsitzende, Genosse Mühl, über „Die russische Revolution und das europäische Proletariat“.

Nedner legte die Schwierigkeiten der russischen Revolution, die Parteien, die in ihr aufstreten, die Pflichten, die dem ankerrussischen Proletariat gegen- über der russischen Revolution erwachsen, eingehend dar. Die von gutem Geiste besetzte Versammlung sollte dem Referenten ihre Zustimmung, die vom Genossen Hartmann in nachstehender Resolution, welche ein- stimmig angenommen wurde, zum Ausdruck gebracht wurde:

„Die heutige Versammlung begrüßt das Vorgehen der russischen Genossen unter Führung des Genossen Lenin und wünscht ihnen weiteren Erfolg.“

Herner referierte Genosse Mühl über „Der Partei- tag der Mehrheitssozialisten in Würzburg“, und setzte an der Hand der Würzburger Beschlüsse, daß die Ziele, des proletarischen Sozialismus in nebelgraue Ferne gerückt sind. Diese Tagung hat die Politik des 4. August besiegelt und mehr denn je die Erkenntnis gebracht, daß wir unermüdet für die internationale unabhängige Bewegung unser Ganzes einsetzen müssen.

In der Diskussion wurde dem allseitig zugestimmt. Nach eingehender Debatte über die völlig ungenügende Lebensmittelversorgung am Orte wurde die eindrucksvolle Versammlung geschlossen.

Der Anschluß an die Unabhängige Sozialdemo- kratische Partei hat sich in ganz Württemberg ohne nennenswerte Abspaltungen vollzogen. Wir hoffen, daß unsere Genossen aus dieser Tatsache neue Arbeits- freude schöpfen werden. Vorsitzender des Bezirks der U. S. P. D. ist Genosse Fritz Müd. Alle die Bewegung betreffenden Zuschriften sind zu richten an Fritz Müd, Stuttgart, Schwanenbergsstr. 73.

In Hannover ist eine Ortsgruppe der U. S. P. D. begründet worden, die sich bereits einer größeren Mit- gliederzahl erfreut. Vorsitzender ist der Genosse Karl Aderholt in Hannover-Heinholt, Chamissostr. 15, II.

Neue Ortsgruppen. In Neckartach und in Kochendorf (3. württembergischer Reichstagswahl- kreis) sind Ortsvereine der U. S. P. D. begründet worden.

Totenliste. Die U. S. P. Hamburgs hat durch das Ableben des Genossen Hildebrandt einen herben Verlust erlitten. Am 24. d. M., morgens 5 1/2 Uhr, ist unser alter Freund und bewährter Kämpfer für die Sache des Proletariats an Herzkrämpfen gestorben. Unermüdet hat er sich an dem Aufbau der hiesigen Organisation der U. S. P. beteiligt und weder Mühe noch Gesundheit gescheut, der Sache des internati- onalen Proletariats zu dienen. Durch die Kriegswir- nisse hat er seinen Blick nicht trüben lassen. Klar er- kannte er von Anfang an, welche Stellung die Arbeiter- klasse zu den schwebenden Fragen einzunehmen hat. Daher stand er auch von vornherein in scharfster Kampfstellung gegen die Rationalsozialdemokraten und hat mit Erfolg in den hiesigen Landes- und Kreisver-

sammlungen auch als Redner die Sache der Opposition vertreten. Noch am 23. d. M. war er, obwohl er sich bereits sehr elend fühlte, in der sogenannten Ebert-Versammlung. Zu Freunden äußerte er sich noch, daß jene Versammlung wohl seine letzte gewesen sein wird.

Nun ruht er aus. Ein Kämpferleben ist abgeschlossen. Wir aber werden weiter arbeiten im Sinne unseres verstorbenen Freundes.

U. S. P. Hamburg.

Erlangen. Am 15. November fand im Praterkale eine öffentliche Versammlung der Regierungssozialisten statt. Als Referent über „Kampf um Frieden und Freiheit“ war Landtagsabgeordneter Hans Vogel erschienen.

In seinen 1 1/2 stündigen Ausführungen zeigte er sich ziemlich radikal und erklärte sich heute noch mit der Politik vom 4. August 1914 einverstanden; leider wäre es während der Kriegsdauer nicht möglich, in Versammlungen mit dem Volke zu sprechen. Seine Hauptaufgabe erblickte er in der Bekämpfung der Vaterlandspartei, jedoch gegen die Regierung selbst fand er keine Worte. Sein ganzes Ziel, dem Frieden näher zu kommen, erblickte Vogel in der Friedensresolution der Mehrheitsparteien vom 19. Juli, aber schließlich mußte er selbst zugeben, daß die Regierung doch mache, was sie wolle. Um Frieden und Freiheit redete er immer herum, aber zu einer direkten Forderung raffte er sich nicht auf. Die Versammlung, die von zirka 150 Teilnehmern besucht war, spendete keinen Ausführenden lediglich am Schluß Beifall.

Genosse Baier-Nürnberg sprach in der Diskussion. Nach seiner Ansicht ist dem Volke mit schönen Worten nicht gedient, es ist endlich Zeit, daß die Parteien in der Friedensfrage der Regierung gegenüber eine konsequente Stellung einnehmen. Bisher war es nur die U. S. P. allein, die bei jeder Gelegenheit für den Frieden eintrat, damit diesem Menschenjachten ein Ende bereitet wird. Als das beste Mittel hierzu bezeichnete Redner die Verweigerung der Kriegskredite. Unter lebhaftem Beifall forderte Redner nicht nur die Bekämpfung der Vaterlandspartei, sondern auch der Regierung. Was den Verhandlungsfrieden der Mehrheitsparteien betrifft, konnte er Michaelis nicht unrecht geben, wenn er erklärte, „so wie er ihn anfaßt“, denn wenn alles auf acht, kann man danach auch ruhig annehmen. Zum Schluß verwies Genosse Baier noch auf die ausgedehnte Friedenshand der russischen Regierung. Sollten die Regierungen noch länger eine abwartende Stellung zu derselben einnehmen, so müßten die Völker selbst antreten, um den heißersehnten Frieden zu erlangen. — Nicht nur am Schluß, sondern auch während seiner Ausführungen ertönte Genosse Vater harten Beifall.

Vogel konnte in seinem Schlusswort die Ausführungen des Genossen Baier nicht widerlegen und hätte diese Ausführungen lieber in der Versammlung der „Vaterlandspartei“ gehört.

Kassel. Herr Abgeordneter Thöne und die Seinen. Wie Herr Reichstagsabgeordneter Thöne hier wirkt, zeigt wohl am besten nachfolgender Bericht über die von ihm am 17. d. M. in Niederzwehren veranstaltete „Volksversammlung“, den er, da ein anderer Berichterstatter für diese so besungene Versammlung nicht in Frage kommt, sich zu Ehren wohl selbst geschrieben hat.

Niederzwehren, 18. November. Die „Unabhängigen“ rühren sich! Die hier am Sonnabend stattgefundene öffentliche Versammlung hatte einen guten Erfolg aufzuweisen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wies der Versammlungsleiter, Genosse Schreiter, auf das Wirken der Vaterlandspartei hin, demgegenüber wie unseren Friedenswillen öffentlich zu bekunden hätten. Das Referat des Genossen Thöne wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion meldeten sich zwei Unabhängige, Schwang und Nagel, zum Wort. Der erstere las in Ermangelung eigenen Wissens die in ein Notizbuch eingetragenen Leitartikel der „Leipziger Volkszeitung“ über den Würzburger Parteitag ab, der zweite redete allerlei konfuse Zeug. In seinem Schlusswort wies Genosse Thöne nach, daß die Taten der Unabhängigen nicht dem Frieden dienen, sondern nur stören wirken. Die hitzige Arbeiterschaft folge denn auch der sozialdemokratischen Partei, die mit ihrer Taktik auf dem rechten Weg sei. Lebhafter Beifall unterbricht das!

Zur Nichtstellung aber diene folgendes: Die „Volksversammlung“ zählte ganze 78 Besucher — Herr Thöne und die drei überwachenden Gendarmen mitgerechnet. Herr Thöne nahm das Wort über: „Sozialdemokratie und Verständigungsfrieden“, und setzte alles auf das Konto seiner Partei: Bildung des Mehrheitsbündes, Friedensresolution vom 19. Juli und sogar die letzte Pappnote, die ohne das energische Auftreten der Sozialdemokratie nie hätte zustande kommen können. Nachdem Herr Thöne dann noch zum Verständigungsfrieden ausgeführt hatte, daß es jetzt darauf ankomme, daß die Arbeiterklassen in Einigkeit und Geschlossenheit dafür eintreten müßten, daß ein wahrhafter und ehrlicher Verständigungsfrieden zustande käme, wurde sein schläfriger und einseitig hergesagtes Referat zur Diskussion gestellt. Zu dieser nahm einer der Unfrigen, Gen. Schwang, das Wort und wies darauf hin, daß das Verhalten der Regierungssozialisten auf Einigkeit und Geschlossenheit sehr wenig Wert gelegt habe und auch jetzt noch ihre zu erhebende Einigkeit unter Bedingungen stelle, die jedem grundsätzlichen Sozialdemokraten unannehmbar seien. Gen. Schwang las die in dieser „Einigkeit und Geschlossenheit“ abgefaßte Resolution des Würzburger Parteitages vor, aber auch die Antwort, die der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie den Abhängigen darauf gegeben hat.

Gen. Nagel wies in witzigen Ausdrücken darauf hin, daß, wenn Herr Thöne seine Nase ein-

mal in den Schlingengraben gesteckt hätte, anstatt hinter der Front herumzukuschieren, er vielleicht anders als fürs Durchhalten gestimmt hätte. Daß er aber von der wahren Sachlage gar keine Ahnung habe, zeige sein so äußerst oberflächlich gehaltenes Referat. Dies brachte den Herrn Reichstagsabgeordneten aus dem Sattel: „Meine Herren“, rief er in die Versammlung, „Sie werden mir gewiß bestätigen, daß ich mein Thema doch sehr ausführlich behandelt habe?“ Bestätigen aber wollte ihm das keiner.

Mehr Beifall als Thöne ertönte der Versammlungsleiter Schreiter, als er mit der Faust auf den Tisch schlug und sagte, daß alle, die den Frieden erstiegen wollten, auch vorn in den Schlingengraben gehen müßten, wo sie ihn erstiegen könnten.

Der kluge Herr Thöne hat also auch ganz andere Töne zu hören bekommen, als er in seinem Bericht erzählt. Ja, wenn die „Berichterstattung“ nicht wäre!

Aus den Organisationen.

Bezirk Reinickendorf. Der gemeinsame Jahlabend findet am Mittwoch, den 12. d. M., abends 8 Uhr, bei Sabau, Residenzstr. 124, statt. Bestimmtes und pünktliches Erscheinen erwartet **Die Bezirksleitung.**

Pichtenberg, 4. Viertel. Der Jahlabend des 4. Viertels findet am Mittwoch, den 12. d. M., 8 1/2 Uhr, bei Gärtner, Türschmidtstr. 40, statt. Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen ist Pflicht.

Tempelhof. Am Mittwoch, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, findet bei Reimer, Ordensmeisterstr. 67, ein gemeinsamer Jahlabend statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der außerordentlichen Kreisgeneralversammlung. 2. Vereinsangelegenheiten. Regen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Treptow-Baumshuloweg. Am Mittwoch, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet der Jahlabend für jeden Ortsteil gemeinsam statt. Für Treptow bei Scholz, Größstr. 48. Für Baumshuloweg bei Krause, Kiehlholzstraße 249. Da wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, ist das Erscheinen aller Parteigenossen und Genossinnen notwendig. **Der Vorstand.**

Spandau. Der gemeinschaftliche Jahlabend für Spandau findet am Mittwoch, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Wind, Reichsborerstr. 5, statt. — Für die Siemensstadt findet der Jahlabend am Sonntag, den 16. Dezember, nachmittags 4 Uhr, bei Kant, Siemensstraße 84, statt. In beiden Jahlabenden werden Vorträge gehalten. Um zahlreichen Besuch ersucht **Der Vorstand.**

Weißensee. Am 12. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Lokal von Otto Rasche, Berliner Allee 256, unsere Mitglieder-Versammlung statt. Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig. **Die Bezirksleitung.**

Aus Potsdam wird uns geschrieben: Ein echtes Taschenpfeifenfest veranstalteten die Potsdamer Mehrheitssozialisten mit ihren Bloßbrüdern, den Liberalen. Am Sonnabend, den 24. v. Mts., fand hier der Vortragsabend über das Thema „Die Mehrheit im Reichstagsrat“. Wer nun glaubte, diese Vortragskünstler selbst in Augenschein nehmen zu können, der hatte sich getäuscht. Eintrittskarten waren bei den Arrangements zu haben. Während man in der „Brandenburger Zeitung“ alle Parteigenossen zu zahlreichem Besuch aufforderte, wurde mit der Kartenausgabe sehr gespart. Früher konnten sich einzelne Genossen nicht radikal genug gebärden. Aber wenn man Gewerkschaftsbeamter wird, verliert man den letzten Rest demokratischen Gefühls. (Schubert jetzt Gauleiter bei den Eisenbahnern.) Oder sollte man in Potsdam Angst vor den bösen Unabhängigen haben? Es scheint so, daß man nach der Scheidemann-Versammlung im März den Mut verloren hat, hier öffentlich aufzutreten. Unserer Bewegung können solche Nachwirkungen nur von Vorteil sein, haben wir doch heute schon in Potsdam 100 zahlende Mitglieder, außer unseren im Felde stehenden Parteigenossen. Darum ihr fernstehenden Parteigenossen, die ihr für ein freies Versammlungsrecht seid, hinein in den unabhängigen Wahlverein.

Zentralwahlverein für Teltow-Deetow-Storkow-Ehrentalburg. Man hat im Kriege viel Literatur kennen gelernt. Schriften und auch Gedichtsammlungen, aber kaum dürfte unter dieser Literatur eine so großartige und treffende Abfindung des Krieges vorhanden sein, als wie die bereits schon im Mitteilungsblatt besprochene Gedichtsammlung von Bruno Schönlaug, betitelt „In diesen Nächten“. Jeder, der in dem Krieg den Totschläger aller Kultur erblickt, und all dieses von ihm erzeugte Elend in Versen höchster Vollendung in Gedanken vorüberziehen lassen will, kommt in diesem Buch auf seine Rechnung. Hieraus allein erklärt sich auch die große Nachfrage nach diesem Büchlein. Um diesem berechtigten Bedürfnis Rechnung zu tragen, hat sich der Kreisvorstand in die Lage verlegt, den Parteigenossen diese Gedichte zu Vorzugspreisen zur Verfügung zu stellen. Bestellungen können mündlich oder schriftlich im Büro des Wahlvereins Neudöln, Neckarstr. 3, Laden, abgegeben werden.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Gerichtstr. 71.

Unabhängige Partei Deutschlands.

Amt Norden, 2137.

Bücherangebot für unsere Mitglieder!

Zum Weihnachtsfeste passend für Geschenke empfehlen wir, so lange der Vorrat reicht:

1 Mark.

Klara Müller-Jahnke:

Gedichte.

1 Mark.

Außerdem sind noch zu empfehlen: „Geschichte der Kommune“ von Vissagaren, gebunden 2 Mk. Janas Auer: „Nach zehn Jahren“, gebunden 2 Mk. Bebel: „Aus meinem Leben“, 1. Band 2,10 Mk., 2. Band 3,10 Mk., 3. Band 2,95 Mk. „Die Frau und der Sozialismus“, von August Bebel, gebunden 3 Mk. Geschenkausgabe 3,50 Mk. „Das Kapital“, von Karl Marx, Volksausgabe, geb. 5,60 Mk. „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“ 1., 2., 3. Band, zusammen 12 Mk. — „Jugend-Lieder“ von Emma Döhl, 0,75 Mk.

Da wir noch reichlich genug am Lager haben und das Weihnachtsfest vor der Tür steht, so bietet sich Gelegenheit, mit diesem Werk ein wirklich gutes Weihnachtsgeschenk zu machen. Verdienen doch diese klassischen Worte des jungen, in der Dichtkunst geradezu revolutionären Dichters die größte Beachtung. Er hat eine große Zukunft. Seine tieferegreifenden Stellen haben aber nur Wert, wenn die Arbeiter, zu denen er spricht, sie kennen und achten lernen. Gerade darin liegt der große Wert des Geschenkes, die Arbeiterklasse für höhere und bessere Ideale zu begeistern, als mache ein jeder davon Gebrauch.

Der Kreisvorstand: J. A. Lachmann.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 9. Dezbr., vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neudöln, Idealwassige, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmminenhofstr. 43 bei D. Vamp; Freireligiöse Versammlung. — Vorm. 10 1/2 Uhr, Al. Frankfurterstr. 6; Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: „Das liebe Ich.“ — Gäste willkommen.

Der Bezirk Reinickendorf veranstaltet vom 9. bis 15 d. M. im Jugendheim, Amendestr. 79 (Wasserturm), eine Bücher- und Wandschmuckausstellung. Geöffnet abends von 6 bis 9 1/2 Uhr, Sonntags von 2 bis 7 Uhr. Regen Besuch erwartet **Die Bezirksleitung.**

Quittung.

4. Kreis. Für die Stockholmer Friedenskonferenz: Liste 15 82,—, 8458 4,—, 8462 3,50, 8464 14,—, 8465 7,—, 8467 2,—, 8468 7,80, 8469 9,05, 8488 7,—, 8487 1,25, 8488 3,—, 8489 1,50, Bezirk 334 8497 5,50, 8502 5,50, Arbeiter der Firma Boas 8519 10,—, 8530 2,—, 8533 3,—, 8549 15,50, 8550 4,30, 8562 3,—, 8563 14,—, 8567 17,75, 8476 14,05, Johannes Weber 8476 20,75, 8477 3,45, Bezirk 819 I 25,50, 8594 21,—, 8600 7,50, 13 863 7,—, 13 864 52,—, 13 867 4,30, 13 869 8,05, 13 876 2,50, 13 877 11,55, 13 879 12,50, 13 880 2,00, 13 896 13,85, 13 887 6,35 Mk. Summa 369,05 Mk. Vereits quittiert 209,62 Mk. Summa 578,30 Mk.

Feldgrauer A. durch Rosemann, 5. Kreis, für den Pressfonds 4 Mk. Parteibeitrag von E. 2. 10 Mk.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

4. Wahlkreis.

In den Folgen des Krieges verstarb am 16. November 1917 im Alter von 30 Jahren unser Genosse

Ernst Wendland

Cuorsstr. 46, Bez. 189 II.

In den Folgen des Krieges verstarb am 17. November 1917 unser Genosse

Berthold Schmidt

Samariterstr. 33, Bez. 308.

Wahlverein Neudöln.

Im Oktober fiel auf einem Kriegsschauplatz unser Genosse, der Buchdrucker

Robert Menze

Donaustr. 62/63.

Am 2. Nov. fand unser Mitglied, der Kanonier

Carl Knoll

Hermannstr. 33, Bezirk 24,

durch Granatschuß seinen Tod.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

3. Wahlkreis.

Am 14. 10. 17 verstarb plötzlich unsere Genossin, Frau

Berta Gehel

im Alter von 89 Jahren.

Am 4. 12. 17 verstarb unser Genosse, der Schankwirt

Ernst Thomas

im Alter von 54 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Säuglings- und Kleinkinderschutz.

Am 24. November fand in Berlin die vierte Preussische Landeskonferenz für Säuglingschutz statt mit der Tagesordnung: 1. Die Vereinfachung der Heilbehandlung für die Säuglinge und Kleinkinder der Krankenversicherungen durch die Krankenkassen. 2. Die Stellung von Arzt und Fürsorgern bei der Organisation der Säuglings- und Kleinkinderschutz.

Einleitend wies Ministerialdirektor Richter darauf hin, daß unter den Ernährungsschwierigkeiten nur die älteren Jahresklassen litten, dagegen die Sterblichkeit der Kinder und Säuglinge zurückgegangen sei, da seit dem Kriege die Stillfähigkeit der Mütter zugenommen und damit dem Säugling größere Widerstandsfähigkeit verliehen habe. Die preussische Regierung beabsichtige die Fürsorge intensiver zu gestalten, indem sie erhebliche Mittel dafür bereitstellen und Wohlfahrtsämter schaffen werde.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprachen drei Referenten: Prof. Dr. Krautwig-Köln, Geh. Sanitätsrat Dr. Dippe-Weipzig und Eduard Graef-Frankfurt a. M., die darin übereinstimmten, daß Krankheit und Tod der Säuglinge wie der Kleinkinder abhängig sei von der sozialen Lage der Eltern, daß aber das Kleinkind noch mehr gefährdet sei als der Säugling, weil es noch mehr als dieser Pflege und Aufsicht entbehre, auch die öffentliche Fürsorge sich bis jetzt weit mehr des Säuglings als des Kleinkindes angenommen habe.

Prof. Krautwig betont: Dem Säugling habe die Reichswochenhilfe gefolgt, wenn auch ein abschließendes Urteil darüber noch nicht möglich sei, doch für das Kleinkind sei nichts geschehen. Möge auch das Landkind sich noch wohl befinden, dem städtischen Kleinkind gehe es nicht gut. Nach der Berechnung sei sein Nahrungsbedarf zwar gedeckt, in Wirklichkeit werde aber für das Kleinkind nicht extra gekocht, sondern es teile das gemischte Essen mit der ganzen Familie. Auf jeden Fall sei jede weitere Einschränkung in der Ernährung des Kleinkindes verderblich. Er stellt fest, daß Bewahranstalten und Horter auch noch nicht einen wässigen Teil der Kinder erfassen und den einfachsten hygienischen Ansprüchen nicht genügen. Besser seien weniger, aber gute Bewahranstalten und eine gründliche sozial hygienische Fürsorge für das Kleinkind, die bis jetzt, außer an vereinzelten Orten, wie in Charlottenburg, gänzlich fehle.

Die Tuberkulose nehme enorm zu; 50 Prozent aller Schulkinder seien vom Keime der Tuberkulose infiziert. Sie sei eine Schwammkrankheit, das heißt in weitem Maße eine soziale Krankheit, deren Bekämpfung im Vordergrund stehen müsse. Da es fraglich sei, ob die Landesversicherungsanstalten nach dem Kriege noch in der Lage sein werden, Kleinkinderschutz zu betreiben, müssen Reich und Staat Mittel dafür bereit stellen und die Gemeinden die Führung und Organisation übernehmen. Die Schaffung eines Gesundheits- und Wohlfahrtsministeriums wie in Desterreich sei unerlässlich.

Dr. Dippe sah im Vorbeugen von Krankheiten die Hauptaufgabe, deshalb müsse Fürsorge und Behandlung bei der Schwangeren einsetzen, was glücklicherweise durch die Reichswochenhilfe „so ziemlich“ erreicht sei, wenn auch, nach seiner persönlichen Meinung, die Stillbeihilfe zu gering bemessen sei. Unter allen Umständen müsse die Reichswochenhilfe in die Friedenszeit mit übernommen werden, wofür jährlich 60 Millionen Mark (bei 2 Millionen Geburten) nötig seien. Unbedingt notwendig sei die Zwangs-Familienversicherung, da sie allein die rechtzeitige Hinzuziehung des Arztes gewährleisten. Voraussetzung dafür sei allerdings gebührende Berücksichtigung der Stellung der Ärzte, denen mit Einführung der Zwangsfamilienversicherung, deren Träger die Kassen sein müßten, nur noch eine ganz geringe freie Praxis übrig bleibe. Er befürwortete eine freie Regelung ohne gesetzlichen Zwang, auf Grund der freien Arztwahl; dann endlich werde der Arzt das, was er sein solle: Hausarzt, Freund und Berater. In Weipzig habe sich die Familienbehandlung mit freier Arztwahl glänzend bewährt, Krankenkassen und Versicherer seien zufrieden. Persönlich ist er der Meinung, der Versicherer müsse an den Kosten der Familienbehandlung selbst beteiligt sein, einmal weil dadurch die Leistung des Arztes von dem Versicherer höher bewertet werde, zum anderen, um den Kassen nicht die vollen Kosten aufzuerlegen. Er hofft, daß auf der Grundlage der freien Arztwahl und gebührender Bezahlung baldige Übereinstimmung zwischen Ärzten und Krankenkassen zuhande komme.

Zum Schluß wendet sich Dr. Dippe gegen die in Sachsen getroffene Regelung, die Kleinkinderschutz mit der Säuglingsfürsorge zu verquicken. Wenn nicht anders, müsse das Kleinkind, nachdem es so lange vernachlässigt worden sei, noch etwas warten, bis die Säuglingsfürsorge noch besser ausgebaut sei, dann komme das Kleinkind auch zu seinem Rechte.

Der dritte Redner, Arbeitersekretär Eduard Graef, Frankfurt a. M., sprach seine Befriedigung darüber aus, daß man die Krankenkassen endlich ihrem Werte und ihrer Bedeutung entsprechend einschätze und ihnen Aufgaben zuweise, auf deren Erfüllung sie längst gedrängt. Doch durch die stiefmütterliche Gesetzgebung sei den Krankenkassen jede vorbeugende Behandlung verwehrt geblieben. Wohl läßen die Krankenkassen die Ausbeutung der Menschenkraft und die der Kinder, doch sie dürfen nichts dagegen tun. Belehrung habe man den Müttern genug zuteil werden lassen, aber für die Durchführung der guten Lehren sei wenig oder nichts geschehen. Schlimm sei es mit der ärztlichen Behandlung bestellt, auf dem Lande mehr noch als in den Städten, der Arzt werde häufig nur gerufen, um den Totenschein auszustellen,

denn Arzt und Medizin kosteten Geld. Die soziale Lage ist die Ursache der Tuberkulose, der Malaria wie der meisten Krankheits- und Sterbefälle der Kinder. Die durchaus notwendige Familienbehandlung dürfe nicht länger aufgeschoben werden und nicht leiden unter dem Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen, wenn auch manche Kassen die Familienbehandlung als „Luxus“ betrachteten. Der Redner wendet sich gegen den Vorschlag Dippes, die Mitglieder zur Kostendeckung mit heranzuziehen. Das könne nur als Bremse wirken, und es bleibe dann weiter Vorrecht des Reichen, den Arzt so oft zu rufen, wie er es für nötig halte. Graef fordert ferner, daß auch länger andauernde Kuren, wie z. B. orthopädische, von den Krankenkassen getragen werden. Auch sei die Familienbehandlung der Familienmitglieder der Versicherten nicht wie bisher der Armenfürsorge, sondern der Krankenversicherung zu unterstellen. Die unterernährten Kinder und Frauen, die zurückkehrenden Krieger mit ihren Mägen-, Nieren-, Herz- und anderen Krankheiten bedeuten eine ungeheure zukünftige Belastung der Krankenkassen, die jetzt schon ihre Pflichten kaum ausreicht erheben können; Reichszuschuß sei unbedingt erforderlich. Aufrechterhaltung der Reichswochenhilfe, Einführung der Familienbehandlung, Fürsorge für das Kleinkind seien die Mittel, Kind, Mutter und Familie gesund und stark zu erhalten.

Die Diskussion drehte sich leider am wenigsten um das eigentliche Thema, sondern weit mehr um die Streitfragen zwischen Ärzten und Krankenkassen. Doch verdient hervorgehoben zu werden, daß ein Diskussionsredner forderte, in Anbetracht der ungeheuren Summen, die das Reich für nicht aufbauende Zwecke ausbebe, müßte nun auch einmal für aufbauende Zwecke Geld bewilligt werden. Er empfahl eine „Säuglingschutzanleihe“, die jedenfalls mehr Zweck habe, als der kürzlich in Berlin organisierte Straßenbettel von 18000 Kindern; die auf diesem Wege gewonnenen Mittel reichten doch nicht weit!

Verschiedene Redner verlangten Einführung des hygienischen Unterrichts in den Schulen, damit das Volk lerne, wie man gesund lebt.

Zu dem zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Stadtrat Dr. Gottlieb-Charlottenburg. Er forderte, daß der leitende Arzt auch ein durchgebildeter Sozialhygieniker sei, befürwortete die Einführung von Schulschwärzern und betonte die dringende Notwendigkeit, die Aufgaben der Fürsorgenden und des Arztes genau zu begrenzen. In der Diskussion wurde von Prof. Schlotmann verlangt, daß mindestens in größeren Städten die Behandlung der Säuglinge und Kleinkinder durch angestellte Ärzte übernommen werde, denen die Privatpraxis verboten sei.

Die Verhandlungen boten zwar viel Anregung für Ärzte und Gesetzgebung, aber die wesentliche Hilfe zur Bekämpfung der Verelendung des heranwachsenden Geschlechts, nämlich ein ausreichender gesetzlicher Arbeiterinnen-, Kinder- und Jugendschutz, wurde von keiner Seite auch nur erwähnt!

Kirchgang und Feldgottesdienst der Dissidenten im Heere.

Dissidenten und Freireligiöse beim Heere können und sollen nicht gezwungen werden, an Religionsandachten teilzunehmen. Das hat der Kriegsminister angeordnet. Gegen diese Anordnung wird aber von nachgeordneten Stellen ständig verstoßen. Genosse Adolf Hoffmann hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Freireligiösen Gemeinde wiederholt Beschwerden an den Kriegsminister gerichtet. Aus den Antworten erhebt der Standpunkt des Kriegsministers ganz klar. Im Dezember 1915 schickte Genosse Hoffmann an den Kriegsminister eine Beschwerde, nach der ein Major und Bataillonskommandeur eines Landsturmabteiles . . . befohlen hatte, daß sich alle Dissidenten am Kirchgang zu beteiligen hätten. Der Kriegsminister antwortete darauf:

Berlin B. 66, 27. 12. 1915. Weipzigerstr. 5.

Auf das gefällige Schreiben vom 13. 12. 1915 teilt das Kriegsministerium ergeben mit, daß wegen der Abhandnahme von der dienstlichen Veranziehung Weeresangehöriger, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, zum Kirchgang das Erforderliche veranlaßt worden ist.

Im Auftrage (Unterschrift).

Das war am 27. Dezember 1915. Am 4. Januar ging folgendes Schreiben von der Front ein:

....., den 3. 1. 16.

Werter Gekundungsfreund!

Teile Ihnen hierdurch freudig mit, daß der Kirchenbesuch für Dissidenten heute durch Parolebefehl aufgehoben wurde.

Indem ich Ihnen herzlich danke für Ihre Bemühungen, zeichnet

Am 7. 1. erhielt Hoffmann gleich 3 Briefe von der Front, nach welchem nacheinander auf Grund eines am 6. Januar erlassenen Parolebefehls von allen Dissidenten verlangt wurde, daß sie bis zum 20. Januar ihre Kirchen-Austrittsbescheinigung bei der Kompagnie einreichen. Und ein späterer Brief meldet, daß am 19. Januar der Kompagniebefehl erging, daß, wer bis zum 20. Januar die Bescheinigung über seinen Kirchenaustritt nicht eingereicht hat, „müß mit zur Kirche“.

Darauf sandte Hoffmann folgendes zweite Schreiben an das Kriegsministerium:

Höchl. Kriegsministerium!

Den Empfang Ihres Schreibens vom 27. 12. 15 dankend bestätigend, möchte ich darauf hinweisen, daß die Anweisung des Herrn Kriegsministers, in dieser Sache im . . . Landsturm-Ins.-Batt. . . versucht wurde, illusorisch zu machen.

Wohl wurde der Befehl zum Kirchgang aufgehoben, aber durch Herrn Major Sch. im Stabsparolebefehl vom 6. 1. 16 angeordnet, daß alle Dissidenten bis zum 20. 1. ihre Austrittsbescheinigung (aus der Landeskirche) bei ihrer Kompagnie einzureichen haben; das ist aus drei Gründen nicht möglich:

- 1. Trägt ein Soldat im Felde seine Familienpapiere nicht bei sich.
2. Hat nicht jeder solche Austritts-Bescheinigung, da eine solche ja nicht durch Gesetz vorgeschrieben ist und von den Betreffenden, selbst wenn er in der Heimat Anverwandte hat, so schnell nicht zu besorgen ist, selbst dann nicht, wenn er Tag- und Aftenscheine anzugeben in der Lage ist. Ganz abgesehen von den jetzt schwer erschwirglichen Gerichtsverfahren.
3. Ist ein Teil der Dissidenten und Freireligiösen gar nicht in der Lage, eine solche Bescheinigung zu beschaffen, wenn sie als Kinder von Dissidenten oder freireligiösen Eltern zur Welt gekommen sind.

Es müßten für die Militärbehörde doch die Militärpapiere (Paß und Soldbuch) genügen, da sonst leicht die Meinung Platz greifen kann, es sei nur beabsichtigt, den Befehl des Kriegsministers illusorisch zu machen.

Indem ich um gef. Veranlassung des Notwendigen ersuche, steht einer orientierenden Antwort entgegen. Adolf Hoffmann.

Am 20. Januar 1916 ging dann vom Kriegsministerium noch folgendes Schreiben ein:

Berlin B. 66, 20. 1. 1916. Weipzigerstr. 5.

Auf das gefällige Schreiben vom 8. 1. 1916 teilt das Kriegsministerium ergeben mit, daß wegen der Befreiung der Dissidenten vom dienstlichen Kirchgang das Erforderliche veranlaßt worden ist.

Im Auftrage: (Unterschrift).

Eine weitere Beschwerde bezog sich auf den Befehl eines Brigadefeldwebels, daß Urlaubsgesuche zur Eheschließung nur dann beantwortet werden könnten, wenn die Verpflichtung zur kirchlichen Trauung übernommen werde. Darauf wurde folgender Befehl gegeben:

Kriegsministerium. Berlin B. 66, den 2. Nov. 1915.

Auf das Schreiben vom 5. 10. 16 betr. Verpflichtung zur kirchlichen Trauung bei Einreise von Heiratsurlaub teilt das Kriegsministerium ergeben mit, daß der diese Verpflichtung anordnende Brigadefeldwebel seit langem aufgehoben ist. Die Angelegenheit dürfte damit ihre Erledigung gefunden haben.

Im Auftrage: (Name unleserlich).

Außerdem ging folgende weitere Beschwerde ab: Berlin, 11. November 1916.

Kriegsministerium, Berlin.

Unterzeichneter ist leider in der unangenehmen Lage, daß trotz Anordnung des Kriegsministeriums in den Jahren 1915 und 1916 fortwährend noch ein Zwang zur Teilnahme an den Kirchgängen und Gottesdiensten auf Dissidenten und Freireligiöse beim Heere, ja selbst in den Lazaretten ausgeübt wird.

Nach Zuschriften und Antworten, die ich in dieser Sache bisher vom Kriegsministerium erhalten habe, bin ich ja der festen Überzeugung, daß dies gegen den Willen desjenigen geschieht und unterbreite daher folgende zwei Fälle mit dem Ersuchen um gefällige Abhilfe.

Bei der Mag. Fuhrp. Kol. . . . wird von der Etappen-Inspektion der Befehl zum Kirchgang ganz allgemein gegeben und auch nicht zur Kirche gehörige Mannschaften gezwungen, daran teilzunehmen; sogar mit dem ausdrücklichen Hinweis:

„Man sei Soldat und hätte den Befehl auszuführen. Ob man daran glaube oder nicht, sei egal. Kirchgang sei Dienst, und es könne dem, der es beschwere, im höchsten Falle noch eine Strafe abbringen.“

Ferner werden im Reservelazarett . . . ebenfalls Konfessionslose, soweit sie außerhalb der Betten sich befinden, gezwungen, an den Gottesdiensten teilzunehmen.

Indem ich hoffe, daß, wie in früheren Fällen, auch in diesen vom Kriegsministerium Abhilfe geschaffen wird, ersucht um gef. Bescheid

Adolf Hoffmann

Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses Berlin D. 27, Blumenstr. 22, 1 L. Vorsitzender der Berl. Freirel. Gemeinde.

Darauf ging folgendes Schreiben ein: Kriegsministerium. Berlin B. 66, den 2. 12. 1916.

Auf das Schreiben vom 14. 11. 1916 teilt das Kriegsministerium ergeben mit, daß wegen des beabsichtigten Eingriffs in die gesetzlich gewährte Glaubens- und Gewissensfreiheit das Erforderliche verfügt worden ist.

Im Auftrage: (Name unleserlich).

Die Stadtverordnetenwahlen in Kiel.

Die am Mittwoch, den 28. November, vor sich gegangenen Stadtverordnetenwahlen endeten mit dem Siege der Bürgerlichen und der Regierungssozialisten. Die Herrschaften hatten vor der Wahl ein Abkommen geschlossen, um sich ihren gegenseitigen Besitz hübsch burgfriedlich zu wahren. Noch ehe aber dieses Kompromiß geschlossen wurde, streckte der hiesige Mieterverein seine Fühler aus, um ein Wahlbündnis mit dem hiesigen Ortsverein der U. S. R. zustande zu bringen. Angeblich konnten die Herren nicht mehr mit den Mehrheitslern zusammenarbeiten, da diese es viel besser verständen, die Interessen der Hausbesitzer, als die der Mieter zu vertreten. Unsere Genossen lehnten selbstverständlich jedes Teufelsmehel mit den Bürgerlichen ab und beschloßen, sich selbständig an der Wahl zu beteiligen.

Sofort nach Bekanntwerden dieses Beschlusses setzte eine wahre regierungssozialistische Woge gegen uns ein. Was sich die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ in den Tagen vor der Wahl an Beschimpfungen gegenüber den verhassten Unabhängigen leistete, kann sich getrost mit den besten Erzeugnissen des Reichslügenverbandes messen. Und die Herrschaften hatten alle Ursache zu schimpfen. Rüdten doch die Kleiner Arbeiter in zwei Versammlungen, in denen einer unserer Kandidaten unsere prinzipielle Haltung gegenüber der Kommunalpolitik begründete und dabei die Haltung der Regierungssozialisten arg zerpflückte, recht spitzbar von diesen ab.

Aber gegen dem Grundsatz „Vorleumde nur zu, etwas bleibt schon hängen.“ schimpfte man weiter. Und der Erfolg blieb nicht aus.

Am Wahltag erhielten die Sozialparteiern 2945, die Bürgerlichen 2018 und unsere Genossen 640 Stimmen. Dabei muß bemerkt werden, daß 41 229 Bürger wahlberechtigt waren, und daß im Jahre 1913 die damals noch geeinigten Parteien 11 119 Stimmen aufweisen konnten. Es muß weiter bemerkt werden, daß den Bürgerlichen 2 Zeitungen, den Sozialparteiern eine zur Verfügung stehen, während man uns 2 Versammlungen mit auswärtigen Referenzen und die Herausgabe von Flugblättern und Handzetteln nicht zuließ. Unsere Agitation war also lediglich auf die von Mund zu Mund beschränkt. Wenn wir also trotzdem 16 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf uns vereinigten konnten, so ist das ein guter Achtungserfolg.

Lächerlich wirkt die Art, wie das regierungssozialistische Organ seinen Sieg in die Welt posaunt. Sie wirkt so, als ständen sich zwei ungleiche Kämpfer gegenüber. Der eine ist frei und mit allen Kampfmitteln ausgestattet, der andere aber liegt, aller Kampfmittel bar, gefesselt am Boden. Aber stolz ruht noch dem ungleichen Kämpfer der Sieger, indem er seinen Gegner mit den Abjagen das Gesicht bearbeitet: „Nurta ich habe gesiegt.“ — Und solche Regierungssozialisten-Parteiene wollen die wahren Vertreter der arbeitenden Klasse sein.

Und immer Extrageschenke.

Wie es scheint, muß jede Maßnahme, die getroffen wird, mit irgend einem Geschenk für die Landwirte verbunden werden. So auch nun wieder die über das stärkere Abschlagen von Schweinen. Es ist nämlich bestimmt worden, daß die Verordnung, nach der für Schweine im Gewicht von 15—30 kg Stückzuschläge in Höhe von 18 Mk. gezahlt werden, bis zum 15. Januar in Wirkkraft bleibt. Bei 200 000 Stück Schweine in dieser Gewichtsklasse würde das eine Mehrausgabe von 3,6 Millionen Mark verursachen. Bei Schweinen im Gewicht von 31—45 kg beträgt der Zuschlag noch 14 Mk., in der Gewichtsklasse von 46—60 kg 10 Mk., und er ermäßigt sich weiter auf 6 Mk. bei den 61—75 kg wiegenden Schweinen. In der Hauptsache sollen die Schweine für die Militärverwaltung verwendet werden; die Mehrausgabe wird daher den Steuerfaktel in stärkerem Maße belasten. Aber auch für die landesfrei abgegebenen Spanferkel bis 36 Pfund Lebendgewicht sind die Ausnahmepreise bis zum 15. 1. 18 verlängert worden, 1,60 Mk. für das Pfund. Nach dem genannten Termin soll der Preis 1,10 Mk. betragen. Dann aber wird kein Mensch mehr Spanferkelfleisch zu sehen bekommen.

Wie stets, so hat man auch diesmal wieder eine tödliche Versicherung auf Lager. Im Kleinhandel würden die erhöhten Preise kaum eine Rolle spielen, weil die Kommunalverwaltungen das Fleisch vornehmlich zu Wurst oder Schmalzerfatz, im übrigen in Massenpreisen verwenden würden. Dann werden eben die Anteile kleiner oder die Kommunen müssen Zuschüsse leisten, die ebenfalls wieder in erhöhte Steuerlasten sich auswirken, und das alles der Landwirtschaft zu Liebe.

Artur Stadthagen.

Bei Schluß des Blattes erhalten wir die traurige Nachricht, daß unser Genosse, der Reichstagsabgeordnete Artur Stadthagen, in der Nacht zum Mittwoch an einer Bauchfell- und Nierenentzündung im Alter von 59 Jahren gestorben ist. Die Trauerkunde wird weiten Kreisen überraschend kommen. Er, der nie Krankte, wollte sich von keiner Krankheit unterliegen lassen, er verließ sich auf seine zähe Natur. Schon vor einigen Monaten fing Stadthagen an zu kränkeln. Trotzdem fuhr er noch nach Stockholm, von wo er aber schwer krank nach Hause kam. Er schonte sich aber nicht und schleppte sich gegen den Willen seines Arztes nach dem Reichstage, wo er noch im Verfassungsausschuß wirkte. Selbst an den letzten Reichstagsverhandlungen nahm der Toikranke noch teil, sein Pflichtgefühl ließ ihm keine Ruhe. So ist Stadthagen gewissermaßen in den Selen gestorben im aufreibenden Kampf für die proletarische Sache. Denn ihr gehörte der größte Teil seines Lebens. Als junger Rechtsanwält kam er zur Partei. Noch unter der

schweren Zeit des Sozialistengesetzes lieb er seine Kenntnisse und seine Zeit der Sozialdemokratie. Als gewandter Rechtsanwalt hat er in zahlreichen Sozialistenprozessen seine Klienten glänzend verteidigt und ist dabei mit den Richtern hart zusammengeraten. Es sei nur an Draufwetter erinnert, dem er heftig zusetzte, da dieser Richter geistig nicht recht intakt war und dann auch in geistige Unmacht verfiel.

Ende 1889 erklärten die Genossen von Niederbarnim Stadthagen als ihren Reichstagskandidaten. Und selten ist ein Kreis so intensiv von dem Kandidaten beachtet worden, wie vor der Wer Wahl Niederbarnim. In geradezu übermenschlicher Weise hat Stadthagen damals gearbeitet. Der Erfolg blieb nicht aus, denn in der Stichwahl 1890 ging Stadthagen als Sieger aus dem Wahlkampf hervor. Seitdem vertrat unser Freund den Kreis ununterbrochen im Reichstage, immer in engem Zusammenwirken mit seinen Genossen. Kaum irgendwo anders war das Verhältnis zwischen Abgeordneten und Genossen so innig wie in Niederbarnim, denn Stadthagen kümmerte sich stets auch um die Organisationsfragen seines Kreises. Als Agitator war Stadthagen stets bereit, im Kreise zu arbeiten, wenn er Zeit hatte. Seine unermüdete Kämpfernatur hatte ihm den wütenden Haß der Gegner zugezogen und nur so ist es zu verstehen, daß Stadthagen aus dem Anwaltsstande entfernt wurde. Stadthagen brachte seiner Ueberzeugung seine Existenz zum Opfer. Es ist ein Kapitel für sich, die Tätigkeit Stadthagens im Reichstage zu behandeln. Besonders auf sozialem Gebiete hat der Verstorbenen Fruchtbringendes geleistet. Sein „Arbeiterrecht“ war seinerzeit in weiten Kreisen ein gutes Hilfswerk. Und manche im Interesse der Arbeiter liegende gesetzliche Bestimmung ist Stadthagens Wirken zu danken. Daneben fand Stadthagen noch Zeit, auch in der Kommunalverwaltung Berlins als Stadtverordneter und Mitglied des Zweckverbandes in rühriger Weise die Interessen der erwerbstätigen Bevölkerung wirksam wahrzunehmen. Stadthagen ist auch von Verfolgungen nicht verschont geblieben. Nicht weniger denn 19 Monate hat er infolgedessen im Gefängnis in Vertretung seiner Ueberzeugung zubringen müssen, wie er dann auch im Vorjahre wegen seiner Ueberzeugung mit anderen Kollegen aus der Redaktion des „Vorwärts“ hinausgeworfen wurde und seitdem auch wirtschaftlich schwer zu kämpfen hatte.

Als Mensch war Stadthagen ein angenehmer und lebenswürdiger Freund, der, ohne Aufhebens zu machen, auch überall half, wo er nur konnte.

So verliert in Stadthagen die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion des Reichstags und der Berliner Stadtverordnetenversammlung, sein Wahlkreis Niederbarnim und die Gesamtorganisation Groß-Berlins einen wackeren Vertreter ihrer Ideale und der Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Sie danken ihm für seine rastlose Tätigkeit, durch die er sich ein dauerndes Andenken bei ihnen gesichert hat. Der Name Artur Stadthagen wird unvergessen bleiben.

Die Kreisleitung von Niederbarnim behält sich eine besondere Würdigung der Tätigkeit ihres Abgeordneten vor. Vor zwei Jahren beging Stadthagen im Kreise der Niederbarnimer Genossen sein 25jähriges Parlamentsjubiläum, noch rüstig und bei bestem Wohlbefinden. Heute trauern die Genossen des Kreises um den schweren Verlust, der sie betroffen.

Aus den Gewerkschaften.

Die Branche der Werkzeugmacher, Einrichter, Mundschleifer und Zigarettenmaschinenführer hat sich in 4 Versammlungen mit der Generalversammlung und den von dieser zu vollziehenden, bis heute noch nicht zustande gekommenen Wahlen der Bevollmächtigten zu beschäftigen. Cohen und Siering haben dem Vorstand ihre Resignation zur Verfügung gestellt. Die übrigen Angestellten der Verwaltungsstelle Berlin haben sich dem angeschloßen. Vertrauensmännerkonferenzen haben mit Mehrheit beschlossen, den Hauptvorstand zu ersuchen, eine Regelung der örtlichen Verbandsgeschäfte herbeizuführen und damit den Bod zum Gärtner gemacht, denn die örtlichen Verhältnisse zu regeln, steht lediglich der Mitgliedschaft zu. Der Hauptvorstand hat folgende Maßnahmen als „Regelung“ beschlossen:

Die beiden Bevollmächtigten Cohen und Siering bleiben im Amt. Die übrigen Angestellten der Verwaltungsstelle Berlin nehmen ihre Kündigung zurück. Von den Wahlen zur engeren Ortsverwaltung nach § 33 des Statuts wird bis zum Eintritt ruhigerer Verhältnisse abgesehen. Die engere und mildere Ortsverwaltung werden ersucht, diesem Beschluß beizutreten und sich für seine Durchführung einzusetzen.

Dieses salomonische Urteil fand auch in der mittleren Ortsverwaltung heftigen Widerspruch, denn es bedeutete die Aufhebung der Rechte der Mitgliedschaft; allerdings „bis auf weiteres“. Bei der Abstimmung in der mittleren Ortsverwaltung stimmten 25 für, 21 gegen den Weisheitspruch des Vorstandes.

Damit sind aber die Mitglieder keineswegs einverstanden. In den 4 Versammlungen der oben genannten Branche mühte sich Cohen ab, die Annähernden von der Zweckmäßigkeit der Maßnahme zu überzeugen, aber vergeblich. In entschiedener Weise mißten die Mitglieder ihrer Empörung Luft, obwohl gerade Cohen sich immer auf die Werkzeugmacher stützen zu können glaubte, die er als seine Elitegruppe bezeichnete. Auch gegen den Branchenleiter Koch, der in der mittleren Ortsverwaltung für die Anordnungen des Hauptvorstandes gestimmt hatte, wurden heftige Angriffe gerichtet. Seine Stellungnahme als Helfer des Hauptvorstandes und Schildknappe der Bevollmächtigten widersprach dem Willen der Mitglieder der Branche. Damit hatte er die Rechte der Mitglieder mit Füßen getreten. Mit überwältigender Mehrheit wurde trotz Cohens Mühen eine Resolution angenommen, in welcher entschieden Protest eingelegt wird gegen Verletzung der statutarisch festgelegten Rechte der Mitglieder. Befremden muß das Verhalten der mittleren Ortsverwaltung. Anstatt die Rechte der Mitglieder zu sichern, sanktionierte sie das statutenwidrige Vorgehen des Hauptvorstandes. Das Verhalten des Branchenvertreter wird scharf verurteilt, er könne nicht mehr als Vertreter der Branche anerkannt werden. Die Versammlung beschließt daher, einen anderen Vertreter zu wählen, der die Rechte der Mitglieder auch wahrnimmt. Gewählt wurde Kollege Scholz.

Groß-Berliner Chronik.

50 Mark Belohnung für Feststellung von Inhabern falscher Brotkarten schreibt der Oberbürgermeister von Berlin aus. Das beste Mittel, falsche Brotkarten unmöglich zu machen, wird ausreichende Brotlieferung sein.

Ein berufskundiges Gemeindevahlrecht verlangen die Hausbesitzer, welche eine große Hausbesitzerlagung am Sonntag im Zirkus Busch gehalten haben. An eine Steuerleistung müsse das Wahlrecht gebunden sein. Wer nicht mitzahlt, soll auch nicht mitreden. Das ist ihr Grundsat. Also der Geldsack soll bestimmen. Der Verbandsdirektor Steiniger erklärte, das Hausbesitzerprivileg müsse bleiben. „Soll befehlen, wer nicht bezahlt?“ war seine Frage. Schreien, schreien, schreien mühten die Hausbesitzer, mochte Justizrat Dr. Baumert als Anwalt der Interessen der Hausagrarier.

Ein Bund zur Gründung von Volkshäusern ist am Sonntag in Berlin ins Leben gerufen worden. Volkshäuser seien eine bessere Ehrung gefallener Krieger als schlechte Denkmäler. Peus und Schulz-Erfurt waren anwesend und haben den Volkshausbund mit aus der Taufe gehoben.

Mit einer recht empfindlichen Wohnungsnots dürfte nach dem Kriege gerechnet werden. Das wurde auch anerkannt von einer Versammlung von Vertretern der zum Regierungsbezirk Potsdam gehörigen Gemeinden Groß-Berlins, die unter Vorsitz des Potsdamer Regierungspräsidenten, Freiherrn v. Massenbach, stattgefunden hat. Ueber die Mittel zur Abhilfe scheint aber keine Klarheit zu bestehen. In der Uebergangszeit möchte man auf die vorhandenen Wohnungen in Dach- und Kellergehäusen zurückgreifen, deren Benutzung bisher von der Bau-polizei verboten ist. Auch ein „Fortschritt“!

Die Verschmelzung der Brauerei Engelhardt mit der Victoria-Brauerei hat die Generalversammlung genehmigt.

Wegen Wucher mit Nähgarnen hat das Kriegswucheraut die Firma Platauer Nachf. (Gustav Caspar), Müllerstr. 152, überführt. Die Frau des Firmeninhabers und ihr Vetter, die unerhört hohe Preise nahmen, wurden ins Untersuchungsgefängnis überführt. Sie hatten einen Posten Nähgarn in einem Wert von 400 Mark für 6800 Mark an Konfektionsfirmen verkauft, während Ladefunden überhaupt keine Garne erhielten.

Schmalz als Wagenschmiere deklarieren hat der Deconom des Herren- und Abgeordneten-Hauses, Herr Pfuhl. Der Mann erhielt vor einigen Wochen von dem Pommerischen Viehhändlerverband einen Waggon Schmalz zur Verwendung für die Küchen des Herren- und Abgeordneten-Hauses. Durch eine Anzeige erhielt die Staatsanwaltschaft I zu Berlin Kenntnis von der Schmalzsendung, die auf dem Frachtbrieft als Wagenschmiere deklariert war, um, wie Herr Pfuhl ansagte, Diebstähle zu vermeiden. Obwohl es sich um rationierte Lebensmittel handelt, soll nach Blättermeldungen die Staatsanwaltschaft ein Einschreiten abgelehnt haben. Herr Pfuhl war bemüht, seinen Gästen, den Herren Abgeordneten, gutes und fettes Essen zu bereiten, damit sie ihre schwere gesetzgeberische Arbeit auch leisten können. Vielleicht betrachtet der gute Mann die Abgeordneten als Schwerarbeiter.

Aus der Bewegung.

Carlsruhe. Am Mittwoch, den 28. November, fand hier eine Mitgliederversammlung der U. S. R. statt. Genosse Adolf Ged (Offenburg) sprach über die „Politische Lage“. Die trefflichen Ausführungen, die die gegenwärtige Demokratisierung und Partamentarisierung im wahren Lichte erscheinen ließen, fanden ungeteilten Beifall. Der gute Verlauf der Versammlung gibt berechtigten Anlaß zu der Hoffnung, daß es auch hier vorwärts geht, wie an anderen Orten.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: C. Leids; Verleger H. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 3. Druck: Nauber & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.